Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13 533, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,80 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 27. Februar 1926 — Nummer 49

Noch 4 Tage ist Zeit

um die letzten Vorbereitungen für das Volksbegehren zu treffen!

Mobilisiert

alle Parteimitglieder, alle Sympathisierenden, alle Erwerbslosen, damit sie sich schon am ersten Tag in die Listen eintragen. Richtet Agitationslokale ein! Organisiert den Schlepperdienst!

Alarmbereitschaft der Partei vom 1. bis 7. März

Die Fürstenknechte arbeiten mit Terror und Sabotage, um das Volksbegehren zu verhindern. Die von der KPD. und SPD. an sämtliche Gemeindevorsteher geschickten Eintragungslisten werden von einzelnen reaktionären Gemeindevorstehern nicht ausgelegt, teilweise sogar vernichtet. In anderen Gemeinden ist die Zeit, in der die Listen ausliegen, so festgelegt, daß die in Arbeit Stehenden nur unter Einbuße von Arbeitszeit sich eintragen lassen können. Diesem reaktionären Verhalten der Behörden gilt es, den entschlossenen Willen der Arbeiter entgegenzusetzen. Nach zuverlässigen Meldungen versuchen Faschisten und Deutschnationale, die Versammlungen der Arbeiterparteien zu sprengen. Es liegen Anweisungen vor, nach welchen die Faschisten Trupps bilden sollen, um die Plakate und Bekanntmachungen, das Volksbegehren betreffend, zu vernichten. Deshalb erklärt die Bezirksleitung der KPD. Ostsachsen die Alarmbereitschaft für die Gesamtpartei. Folgende Anweisungen sind sofort durchzuführen:

1. Sofortige Kontrolle der Einzeichnungsstellen, ob die Listen auch wirklich ausliegen. Dort, wo keine Listen ausliegen, ist sofort die BL. telegraphisch oder telephonisch, Fernruf 28 031, zu benachrichtigen.
2. Sofortige Bildung von Schutzpatrouillen, welche die amtlichen, sowie die Bekanntmachungen der beiden Arbeiterparteien schützen. Die Patrouillen sollen möglichst aus Mitgliedern aller Arbeiterorganisationen, die hinter dem Gesetzentwurf stehen, zusammengesetzt sein.
3. Errichtung eines Werbelokals, in dem in der Zeit der Einzeichnung mindestens ein Genosse anwesend ist, um über alle das Volksbegehren betreffenden Fragen Aufklärung zu geben.
4. Zusammenstellen der Werbekolonnen, die in den Orten und in den Dörfern, wo keine Ortsgruppen bestehen, planmäßig die Werbung für das Volksbegehren durchführen.
5. Sofortige Bildung von Werbekomitees in den Betrieben, die die Einzeichnung der Belegschaft in die Volksbegehrlisten nach Arbeitsschluß organisieren.
6. Organisierung des Schutzes der öffentlichen Versammlungen.

Genossen! Genossinnen! Brecht die Sabotage der reaktionären Kreise, mobilisiert die gesamte werktätige Bevölkerung! Setzt alle Kräfte ein gegen das Fürstengesindel. Es lebe der entschlossene Kampf aller Werktätigen in Stadt und Land gegen unsere Klassenfeinde!

Bezirksleitung der KPD. Ostsachsen.

Einheitskomitees!

Vom 4. bis 17. März liegen die Listen für die Eintragung zum Volksbegehren aus.

Die Sabotage der Behörden und der Gegner des Volksentscheids setzt bereits organisiert ein. Die Gemeindevorstände und Gutsvorsteher schicken die Listen zurück mit dem Bemerken, daß sie nicht verpflichtet sind, die Listen auszulegen. Der Landbund in Oberbarnim und im Saalkreis erläßt Anweisungen und Aufforderungen an die Gemeindebehörden zur Sabotage. Er maßt sich amtliche Befugnisse an und versucht Verwirrung zu schaffen mit der Behauptung, der Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung wäre nach der Verfassung (die er sonst bekämpft!), nicht zulässig.

Wir ersparen es uns, auf die Widerlegung dieses Schwindels einzugehen. Jeder Mensch weiß, daß das eine Lüge ist, die nur deshalb verbreitet wird, um diejenigen, die zaghaft sind, von der Einzeichnung fernzuhalten.

„Parole: Nicht einzeichnen!", das schrieb das Organ der Junker, die „Deutsche Tageszeitung", bereits vor einigen Tagen. Kein Zweifel, daß die Fürstenparteien versuchen werden, mit dieser Losung Dumme zu fangen.

Was sie nicht durch Verwirrung erreichen, werden sie mit Terror und Gewalt versuchen. Die Junker werden, wie in den Zeiten des verflossenen preußischen Dreiklassenwahlrechts, Einzeichnungen in die Listen — wenn sie schon ausgelegt werden — mit Entlassung, mit Aechtung, mit schwarzen Listen für die Landarbeiter beantworten.

Daneben sabotieren die Behörden. Aus den verschiedensten Teilen des Reiches wird gemeldet, daß die Lokale für die Einzeichnung nur 10 Prozent der Lokale bei der letzten Wahl umfassen! Hier wird von den Gegnern dieser ungeheuren Massenbewegung versucht, die Aktion dadurch zu schwächen, daß die Einzeichnung — besonders in den großen Städten — faktisch unmöglich gemacht wird.

Was ist dagegen zu tun?

Die Lösung ist schon gefunden. In Hessen wurden bereits Einheitskomitees gebildet mit Bauern und Arbeitern, mit Kleingewerbetreibenden und Rentnern, mit Vertretern der politischen Parteien und den anderen Arbeiterorganisationen. Aus den anderen Bezirken wird ähnliches gemeldet. Ueberall sehen die Massen ein, daß es unumgänglich notwendig ist, die gemeinsame Sabotage des Volksbegehrens durch die Fürstenknechte und Behörden durch gemeinsame Aktionen zu brechen. Und wenn die Luther-Regierung zynisch erklärt, daß sie alle Mittel anwenden wird, um den Volksentscheid aufzuhalten, so werden die Ausgebeuteten und Ausgeplünderten diese Erklärung zu werten wissen als das, was sie ist: als Ansage zum Kampf!

In den Tagen vom 4. bis 14. März haben die Einheitskomitees erhöhte Bedeutung.

Sie müssen die Massen aufrufen, zu demonstrieren vor den wenigen Lokalen, um eine Vermehrung zu erreichen. Die Einheitskomitees werden den Widerstand gegen den Terror organisieren müssen, sie werden alle Mittel anzuwenden haben, um die behördliche Sabotage zu brechen.

Darüber hinaus werden die Einheitskomitees während der Einzeichnungstage durch Agitation und Propaganda die Massen aufrufen, nun erst recht für die Aktion gegen die Fürsten einzutreten. Die 14 Tage, die für die Einzeichnung vorgesehen sind, sind die Tage der Massenmobilisation. Und wo noch keine Einheitskomitees gebildet sind, gilt die Parole:

Bildet Einheitskomitees!

Schwere Winzerunruhen

Bernkastel, 26. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem in letzter Zeit in den Winzerdörfern die Steuern durch rücksichtslose Pfändungen eingetrieben wurden, kam es gestern in Bernkastel zu schweren Unruhen. Es sollte eine Winzerversammlung unter freiem Himmel, mit vier Abgeordneten des Zentrums als Referenten, stattfinden. Am Nachmittag zogen mehrere tausend kleine Winzer aus den umliegenden Dörfern nach Bernkastel. Sie drangen ins Finanzamt ein, schleuderten Möbel und Akten auf die Straße, zerstampften und verbrannten die Akten. Einen gehaßten Finanzbeamten warfen sie zur Treppe hinunter.

Als später die Massenkundgebung der Winzer stattfand, wandten sich die Zentrumsabgeordneten gegen die Ausschreitungen, stießen aber auf heftige Gegenrufe. Als der Abgeordnete v. Guerard erklärte, das, was geschehen wäre, sei Landfriedensbruch, der mit Zuchthaus bestraft würde, schallte ihm der Ruf entgegen: „Laßt sie nur mit Zuchthaus kommen!" In letzter Zeit sind größtenteils ältere Leute durch rücksichtslose Pfändungen fast enteignet worden. Die ungeheure Wut und Erregung der notleidenden Winzer findet ihren Ausdruck in den unorganisierten anarchistischen Verwüstungen im Finanzamt. Die Regierung antwortete darauf, daß sie 30 Mann Polizeiverstärkung nach Bernkastel schickte und 15 Verhaftungen vornehmen ließ. Das wird nur dazu führen, daß die kleinen Winzer, die bisher im Gefolge des Zentrums und der nationalistischen Parteien sich befanden, noch rascher das Wesen der kapitalistischen Regierungen erkennen werden.

Neue Unruhen in Bernkastel

TU. Bernkastel, 27. Februar. Gestern nachmittag sollte ein Polizeiaufgebot in Graach einige weitere Rädelsführer festnehmen. Die Bevölkerung des Moselortes Graach, die von diesem Vorhaben Kenntnis erhielt, ließ Sturmglocken läuten, bewaffnete sich mit Mistgabeln und Sensen und rückte an den Dorfeingang, um den Polizeibeamten entgegenzutreten. Diese mußten, um Blutvergießen zu vermeiden, unverrichteter Dinge zurückkehren. Gegen Abend traf wieder ein Zug von etwa 1000 Mann, der sich aus allen Orten der näheren Umgebung von Bernkastel zusammensetzte, in Bernkastel ein, nahm vor dem Gefängnis eine drohende Haltung an und verlangte die Freigabe der Gefangenen. Der Oberstaatsanwalt, der die Untersuchung an Ort und Stelle leitete, sah sich gezwungen, den Forderungen zu entsprechen, um nicht noch einmal großes Unheil heraufzubeschwören.

Geschlossene Front gegen die Raubfürsten!

Von P. R. Dietrich

Seit der Einleitung des Kampfes gegen den unerhörten Raubzug der Fürsten durch die Kommunistische Partei sind kaum drei Monate vergangen. Als die Partei als Antwort auf die Milliardenforderungen der Fürsten den Gesetzentwurf für die entschädigungslose Enteignung der gesamten Fürstenvermögen im Reichstag einbrachte und sich einige Wochen darauf an den Parteivorstand der SPD. und den Bundesvorstand des ADGB. wie auch an die Bundesleitungen des Reichsbanners und des Roten Frontkämpferbundes wandte und diese Organisationen aufforderte, eine geschlossene Kampffront für die restlose und entschädigungslose Enteignung der Fürsten herzustellen, antwortete von allen Organisationen nur der Rote Frontkämpferbund im zustimmenden Sinne. Der ADGB. schwieg überhaupt, der SPD.-Vorstand ließ durch den „Vorwärts" erklären, „daß der Vorschlag der Kommunisten nicht ernst gemeint sei". „Die Sozialdemokraten überlegen, wie man den Fürsten ein möglichst großes Stück dieses Vermögens zugunsten der Allgemeinheit abjagen kann, während es den Kommunisten auf ein sehr plumpes und ungeschicktes Manöver anzukommen scheint." So wörtlich der „Vorwärts" am 5. Dezember. Die Bundesleitung des Reichsbanners erklärte sich in einem Aufruf zwar gegen den Raubzug der Fürsten, tat aber nichts, um eine einheitliche geschlossene Front gegen die fürstlichen Räuber und deren Soldknechte herzustellen.

Die Bourgeoisie triumphierte! Die bürgerliche Presse höhnte über die von der Kommunistischen Partei eingeleitete Aktion. Sie hatte angesichts der Haltung der SPD. und des ADGB. allen Grund. Und doch kam es anders, als die Fürstenknechte es sich träumen ließen.

Der Kampfruf der Partei: Keinen Pfennig den Fürsten! Arbeit, Brot und Land dem armen Volk! — fand ein gewaltiges Echo nicht nur in der Arbeiterschaft, nicht nur in den verarmten mittelständlerischen Schichten, sondern selbst in Bevölkerungskreisen, die bisher das Hauptkontingent für die monarchistische Reaktion, für die faschistischen Verbände, die das Gros der Hindenburg-Wähler darstellten, — in den kleinbäuerlichen Schichten auf dem Lande.

Unter Führung der Kommunistischen Partei kam eine breite Massenbewegung zustande, die immer mehr elementaren Charakter annahm. Sozialdemokratische, parteilose Arbeiter, Mittelständler, kleine und mittlere Bauern machten sich die Forderungen der Kommunistischen Partei zu eigen. Unter dem Druck der sozialdemokratischen Arbeiter mußten die sozialdemokratischen Führer den Vorschlag einer Rentenabfindung der Fürsten fallen lassen und sich der Bewegung für die restlose entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen anschließen. Der gemeinsam von der KPD., der SPD. und dem Kuczynski-Ausschuß eingereichte Antrag auf Einleitung eines Volksentscheids für die entschädigungslose Enteignung kam zustande. Damit wurde die Voraussetzung für eine einheitliche, alle proletarischen Schichten erfassende Massenbewegung geschaffen. Die SPD.-Führer versuchten immer wieder, die sich anbahnende Einheitsfront zu zerschlagen. Ihr Kampf richtete sich in erster Linie gegen die Einheitskomitees, die aus der Bewegung heraus gehoren wurden. Alle Versuche, sie zu zerschlagen, die sozialdemokratischen Arbeiter zurückzuhalten, scheiterten an dem entschlossenen Kampfeswillen der Arbeiterschaft, die dem Doppelspiel der sozialdemokratischen Parteiführer, die gleichzeitig an der „Verbesserung" des Kompromißgesetzentwurfs der Parteien der Fürstenfreunde mitarbeiteten, mit größtem Mißtrauen gegenüberstanden.

Heute können wir — trotz aller Sabotage und Verwirrungsmanöver der Bourgeoisie wie auch der sozialdemokratischen Parteiführer — feststellen: Die Front gegen die Fürstenräuber und die Helfershelfer im Lager der Bourgeoisie wächst, wächst täglich und unaufhörlich. Millionen fordern die entschädigungslose Enteignung, weitere Millionen werden sich der Kampffront einreihen, wenn der Ruf bis in das letzte Dorf gedrungen ist. Die Sabotage derer, die bereit sind, den Fürsten neue Milliardenwerte nachzuwerfen, wird zerschellen an dem Willen des Millionenheeres, das es satt hat, sich noch weiter ausplündern zu lassen.

Die Bourgeoisie, die Parteien des Volksbetrugs und der Volksausplünderung, die vor zwei Monaten noch glaubten, die von der KPD. eingeleitete Bewegung ignorieren zu können, fühlen jetzt gut die elementare Kraft,

SLUB
Wir führen Wissen.